Bericht des Amtsdirektors zur Sitzung des Hauptausschusses am 29.02.2024 und des Amtsausschusses am 12.03.2024

- **Unterbringung der Flüchtlinge:** Die im Herbst/Winter des letzten Jahres von Bund und Land prognostizierte Zahl der Flüchtlinge ist nicht erreicht worden. Für den Kreis Pinneberg wurde damals mit bis zu 200 Flüchtlingen im Monat gerechnet. Zurzeit beläuft sich die Prognose auf 80-90 Flüchtlinge für den Kreis Pinneberg je Monat. Im März 2024 rechnet das Amt mit 24 Zuweisungen / Unterbringungen. Zum April 2024 werden dann aktuell nur noch 16 Plätze für Unterkunft zur Verfügung stehen. Durch den Aufruf im Herbst letzten Jahres haben sich viele Unterbringungsmöglichkeiten ergeben. Ein großer Dank gilt dafür den Einwohnerinnen und Einwohnern unserer Gemeinden, die Wohnraum zur Verfügung gestellt haben. Die im letzten Amtsausschuss beschlossene Möglichkeit, den Erwerb von Immobilien zu tätigen, musste bisher nicht umgesetzt werden. Das Amt ist jedoch weiterhin auf die Bereitstellung von Wohnraum angewiesen.

Auf der Kreisebene beschäftigt sich eine Task-Force mit der Unterbringung der Flüchtlinge im Kreisgebiet. In dieser Task-Force bin ich Mitglied. Gemeinsam wurde das Ziel entwickelt, eine Gemeinschaftsunterkunft zu erhalten, die den Kommunen bei der Erledigung der Aufgabe der Unterbringung der Flüchtlinge als Puffer dient. Im Ergebnis wurde sich darauf verständigt, dass eine solche Unterkunft vom Kreis betrieben wird. Dazu ergaben sich die Optionen „altes Krankenhaus Wedel“ und „Straßenverkehrsamt Flensburger Straße“. Nachdem die erste Option aus verschiedenen Gründen entfallen sind, wurde sich auf das alte Straßenverkehrsamt verständigt. Leider ist die Kommunikation zwischen dem Kreis Pinneberg und der Stadt Pinneberg nicht zufriedenstellend verlaufen. Der Hauptausschuss des Kreises hat in seiner Sitzung am 21.02.2024 den Standort endgültig aufgegeben. Die Kommunen des Kreises haben einvernehmlich das Signal an den Kreis gesandt, weiterhin an einer Gemeinschaftsunterkunft interessiert zu sein. Die in der Presse von Mitgliedern des Hauptausschusses des Kreises zu lesende Auffassung, dass überhaupt kein Bedarf mehr bestehe, muss zurückgewiesen werden.

- **Finanzielle Situation:** Trotz der im Grundgesetz festgeschriebenen Schuldenbremse und trotz des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zur rechtswidrigen Haushaltsfinanzierung macht das Land Schleswig-Holstein im laufenden Jahr 1,65 Milliarden Euro neue Schulden. Die Finanzierung dieser Misslage scheint vor allem auf dem Rücken der Kommunen zu erfolgen. Förderprogramme werden gestrichen, finanzielle Zusagen des Landes und des Bundes zurückgezogen. Letzter Höhepunkt war die Mitteilung durch den Gemeindetag, dass das Land die Zusage,

beim Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen 85 Prozent der Investitionskosten für seit dem 12.10.2021 neu geschaffene Ganztagsplätze zu übernehmen und sich an den Betriebskosten der Ganztagsbetreuung schrittweise ab dem Schuljahr 2026/27 mit 75 Prozent zu beteiligen, wohl nicht einhalten wird. Ich habe dem SHGT bei allen hierzu geplanten Maßnahmen die volle Unterstützung, auch im Namen unserer Gemeinden, zugesagt.

- **Kreisumlage:** Nach Beschlussfassung des Kreistages am 08.11.2023 wurde die Kreisumlage für 2024 um 1,9 Prozentpunkte auf 29,5 % gesenkt. Die weitere Senkung der Kreisumlage wird mit den Fraktionen des Kreistages thematisiert. Hierzu sollen rechtzeitig Gespräche für die Festsetzungen zum Jahr 2025 erfolgen.
- **Begehung Amtshaus durch die Unfallkasse Nord:** Am 28.02.2024 hat eine Begehung des Amtshauses durch die Unfallkasse Nord zur Begutachtung der Einhaltung der gesetzlichen und weiteren erforderlichen Maßnahmen zum Arbeitsschutz (u.a. Gefährdungsbeurteilungen, Brandschutz, Gesundheitsschutz) stattgefunden. Die Resonanz der dafür Verantwortlichen war sehr positiv. Lediglich kleinere, einfach zu behebbende Mängel wurden festgestellt.
- **Digitalisierung:** Der Prozess der Digitalisierung in der Verwaltung, der einerseits die papierlose Aktenführung und andererseits die Digitalisierung der Dienstleistungen und Prozesse betrifft, wurde seit dem letzten Jahr vorangetrieben. Das Dokumentmanagementsystem Regisafe wurde eingeführt und bis zum 31.03.24 läuft die Frist zum Abschluss der Vorbereitung. Mit einhergehend wird im Anschluss an die Vorbereitungen der Verwaltung der digitale Sitzungsdienst vorangetrieben.
- **Überörtliche Prüfung:** Es wurde die überörtliche Prüfung des Amtes und der Gemeinden angekündigt. Als Beginn ist der 11.03.2024 vorgesehen. Die Prüfung betrifft die Haushaltsjahre 2016 bis 2023.
- **Legalisierung Cannabiskonsum:** Zum 01.04.2024 soll das Gesetz zum kontrollierten Umgang mit Cannabis in Kraft treten. Es besteht laut Gesetz ein Konsumverbot von Cannabis in einer Schutzzone von 100 Metern Abstand zum Eingangsbereich von Schulen, Kinder- und Jugendeinrichtungen, Kinderspielplätzen sowie in öffentlich zugänglichen Sportstätten. Das Cannabisgesetz wird am 22. März im Bundesrat behandelt. Das Gesetz ist nicht zustimmungsbedürftig, allerdings könnte die Länderkammer mit entsprechender Mehrheit den Vermittlungsausschuss mit dem Bundestag anrufen und das Verfahren verzögern. In diesem Fall könnte die Neuregelung wohl nicht zum 1. April in Kraft treten. Gleichzeitig laufen Klärungen, ob Gemeinden die gesetzlich bestimmten Schutz zonen erweitern dürfen.
- **Reform des Namensrechts:** Das Gesetz zur Änderung des Ehenamens- und Geburtsnamensrechts soll möglichst am 01.05.2025 in Kraft treten. Die namensrechtlichen Möglichkeiten bei der Geburtsnamens- und Ehenamensbestimmung sollen durch die allgemeine Möglichkeit der Bildung von Doppelnamen für alle Kinder und

Ehegatten erweitert werden. Darüber hinaus ist geplant, Volljährigen die freie Wahl von Geburtsnamen unter Berücksichtigung der Namen der Eltern zu ermöglichen. Bei einer Umsetzung des Gesetzes ist mit hohem Verwaltungsaufwand für unser Standesamt zu rechnen.

gez. Wulff